

In der Stadtratssitzung vom 12.03.2002 wurde der Antrag zum Projekt „Klimaschutz macht Schule“ mit folgendem Inhalt

Der Stadtrat möge beschließen, dass

- 1. das Gemeinschaftsprojekt "Klimaschutz macht Schule" von Stadt, EVH und Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) auf alle öffentliche Schulen, städtische Horte und Kindergärten in städtischer Trägerschaft auszudehnen und*
- 2. dabei das Hamburger Finanzierungsmodell (50 % der erzielten Einsparung werden zur Haushaltskonsolidierung verwendet, 50 % stehen der entsprechenden Einrichtung zur freien Verfügung) zugrunde zu legen ist.*

beschlossen. Vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung fragen wir:

- 1. Wie ist der Stand der Umsetzung bezogen auf die beschlossenen Punkte des Antrages?**
- 2. Wie hoch war der Betrag im Jahr 2004 und 2005?**
- 3. Mit welchem haushaltskonsolidierenden Betrag rechnen Sie für die nächsten Jahre?**

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Zum Projekt „Klimaschutz macht Schule“ erteilte der Stadtrat in seiner Sitzung am 22.05.2002 der Verwaltung einen Prüfauftrag, ob eine Ausweitung des Projektes „Klimaschutz macht Schule“ auf alle Verwaltungsgebäude der Stadt Halle (Saale) realisiert werden kann. Am 28.05.2003 verständigen sich der Eigenbetrieb ZGM, die Fachbereiche 31 und 40 sowie der BUND, dass anstelle des Hamburger Modells 50/50 das Zahlungsmodell 40/40/20 beibehalten werden solle. Das Hamburger Modell wurde, auch unter Berücksichtigung der Haushaltslage, nach Prüfung verworfen.

Weiterhin wurde übereinstimmend festgestellt, dass durch gravierende Veränderungen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung neu zu startende Projekte und Verträge schwierig sind, da nach einer Fusion die Schwerpunkte in erster Linie auf der Sicherung der Ausrichtung des Unterrichts liegen.

Somit sind noch nicht alle Schulen in das Projekt „Klimaschutz macht Schule“ eingebunden. Eine Aktivierung des Projekts ist nach Abschluss aller Fusionen und Bauvorhaben (PPP-Programm) vorgesehen.

Neben dem Projekt „Klimaschutz macht Schule“ wird seit dem 01.12.1999 eine weitere Energiecontrolling-Maßnahme durchgeführt, welche von der Stiftung „Klimaschutz in Sachsen Anhalt“ mit 190.000,00 DM gefördert worden ist.

Hierbei werden seit dem 01.02.2002 die Verbräuche für Elektroenergie, Wärme (Fernwärme, Gas) und Wasser in derzeit 27 Objekten beim ZGM erfasst. Es handelt sich dabei um Verwaltungsgebäude und Schulen mit unterschiedlichem Baujahr, Sanierungszustand und differenzierter Nutzungsart.

Eine Ausdehnung dieses Energiecontrolling-Systems auf weitere städtische Liegenschaften mit Energie- und Wasserkosten von mehr als 25.000 €/Jahr ist mittelfristig vorgesehen. Pro Objekt müssen finanzielle Mittel in Höhe von ca. 2.500 € bereitgestellt werden.

Durch den Fachbereich Umwelt wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung über Energieeinsparmöglichkeiten und durch das Sachgebiet Bewirtschaftung mit einer Aufforderung zur Umsetzung von Energiesparmaßnahmen sowie zum bewussten Umgang mit den Medien Wärme, Elektroenergie und Wasser per Intranet informiert.

Mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung sowie der Budgetierung wurden die Verantwortung für die Mittelbereitstellung, Verwendung und Überwachung direkt an die Fachbereiche übertragen. Dies bedeutet, dass auch in den Fachbereichen der sparsamste Umgang mit den Medien Wärme, Wasser, Strom gesteuert werden kann, da durch das ZGM entsprechend abgeschlossener Servicevereinbarungen jährlich sowohl die Kosten als auch die Verbräuche zur Kenntnisnahme und Veranlassung zugearbeitet werden.

Durch das Nutzerverhalten der in der Stadtverwaltung Halle beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann direkter Einfluss auf die Verbräuche und Kosten genommen werden. Anders als beim Projekt „Klimaschutz macht Schule“, wo der erzieherische Effekt bei Kindern der Sinn des Projektes ist, kann es keine materielle Stimulierung der Mitarbeiter geben, um kostenbewusstes Handeln zu erreichen.

In den Dienstverträgen der bei der Stadtverwaltung beschäftigten Hausmeister wird der Punkt der Überwachung und Einflussnahme auf Verbräuche bei den Medien Wasser, Wärme, Strom usw. direkt als Arbeitsaufgabe beschrieben. Hausmeisterschulungen werden sowohl durch die zuständigen Fachbereiche als auch den Dienstleister ZGM vorgenommen.

Den in der Anfrage formulierten Stadtratsbeschluss gibt es nicht.

zu 2.

Im Jahr 2004 betrug die Einsparung 44.037,80 € bei 15 beteiligten Schulen und Einrichtungen. Von diesem Betrag wurden entsprechend dem Beschluss der Beigeordnetenkonferenz vom 17. Juni 1997 17.615,12 € (40 %) dem städtischen Haushalt zugeführt, 17.615,12 € (40 %) für die energetische Sanierung der Schulen bereitgestellt und 8.807,56 € (20 %) erhielten die Beteiligten für das eigene Budget.

Für das Jahr 2005 können erst nach Abschluss des Abrechnungszeitraumes Aussagen vom EB ZGM gemacht werden.

zu 3.

Die Festlegung des haushaltskonsolidierenden Beitrages über das Projekt „Klimaschutz macht Schule“ ist für die nächsten Jahre zurzeit nicht exakt zu definieren. Es ist aber davon auszugehen, dass das jährliche Einsparpotential abnehmen wird und letztendlich einmal ausgeschöpft sein wird.

Momentan konnten keine neuen Teilnehmer gewonnen werden (siehe Punkt 1). Weitere Gründe dafür sind unter anderem:

- Optimierungsmaßnahmen in den Schulen, d. h. Schließung von Schulen und damit verbundene Umzüge (entspr. Mittelfristiger Schulentwicklungsplanung)
- durch den Abgang von Lehrern teilweise kein Ersatz für Projektbetreuung
- notwendige bauliche Veränderungen werden nicht durchgeführt
- die Grenze der Einsparungen ist erreicht
- Lehrer legen oft Schwerpunkt auf andere Probleme (Unterrichtssicherung) und somit bleibt diese Zusatzaufgabe oft an den Hausmeistern „hängen“
- mangelnde Kenntnisse über die Heizungsanlage, fehlende oder fehlerhafte Isolation an den technischen Einrichtungen u. a.
- Schulleiterwechsel

gez. Eberhard Doege
Beigeordneter

Wortprotokoll:

Frau **Dr. Haerting**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, nahm Bezug auf die Antwort der Verwaltung, in der darauf hingewiesen wurde, dass die Mitarbeiter der Verwaltung per Intranet zu Energieersparnis usw. informiert worden seien und bat, das interne Schreiben den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Weitere Anmerkungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

